

Dokumentation zur Medienkonferenz

Lancierung der Initiative für faire Löhne

Datum: Mittwoch, 27. April 2011
Zeit: 10.00 – 10.45 Uhr
Ort: Rathaus Bern, Zimmer 7

Inhalt:

- Ablauf der Medienkonferenz, Kontaktadressen
- Gemeinsame Medienmitteilung
- Redebeiträge

Ablauf der Medienkonferenz und Kontaktadressen

1. Initiative Faire Löhne für gute Arbeit

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV, Grossrat
Tel. 079 545 56 76

2. Zuverlässigkeit ist mehr wert: Lohninitiative lanciert

Blaise Kropf, Gewerkschaftssekretär VPOD, Grossrat
Tel. 079 263 47 68

3. Initiative Faire Löhne für gute Arbeit

Martin Gatti, Präsident LEBE
Tel. 031 819 22 52



vpod bern kanton
 Monbijoustrasse 61
 3007 Bern
 Telefon 031 371 67 45
 Fax 031 372 42 37
 info@vpodbern.ch

Bern, 27. April 2011

An die Berner Print- und elektronischen Medien
Redaktion Kanton Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir möchten Sie bitten, die untenstehende Mitteilung in Ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

Blaise Kropf

Die Personalverbände VPOD, BSPV und LEBE lancieren die Lohninitiative

Initiative für faire Löhne lanciert

Die Personalverbände VPOD, BSPV und LEBE lancieren heute die Initiative für faire Löhne. Die Lohninitiative fordert, dass das kantonale Lohnsystem gemäss der ursprünglichen Konzeption umgesetzt wird und bei guten Arbeitsleistungen ein jährlicher Lohnstufenaufstieg gewährleistet ist. Ziel der Personalverbände ist es, die Unterschriftensammlung noch vor den Sommerferien abzuschliessen. Bereits morgen Donnerstag findet in allen bernischen Lehrzimmern ein Sammeltag statt, an dem mehrere Tausend Unterschriften zusammenkommen werden.

Das 1997 eingeführte kantonale Lohnsystem basiert auf einem Grundlohn und einem individuellen Lohnbestandteil, der bis zu 60% des Grundlohns ausmachen kann. Das System ist darauf angelegt, dass nach der Ausbildung der Anfangslohn im Bereich des Grundlohns liegt und sich im Verlaufe des Berufslebens dem Maximallohn annähert. Um dieses Lohnsystem korrekt umzusetzen, müssen gemäss Regierungsrat jährlich 1,5% in den Gehaltsstufenaufstieg investiert werden.

In den 13 Jahren seit der Einführung des Lohnsystems war dies jedoch mit einer Ausnahme nie der Fall, wie Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV, ausführte. Stattdessen gab zweimal überhaupt nichts und viermal standen nur 0,5% zur Verfügung. Problemverschärfend wirkte die 2005 erfolgte Verdoppelung der Anzahl Gehaltsstufen (80 statt 40) und die Halbierung von deren Wert (0,75% statt 1,5%). Seither erhalten Mitarbeitende statt einer altrechtlichen Stufe von 1,5% oft nur eine neurechtliche Stufe von 0,75%. „Auf diese Art und Weise haben Kantonsmitarbeitende selbst bei ausgezeichneten Arbeitsleistungen keine Chance, je in den Bereich des Lohnmaximums zu gelangen“, kritisiert Burkhalter.

Die Lohninitiative fordert, dass das Personal unter der Voraussetzung guter Arbeitsleistungen Anspruch auf einen jährlichen Stufenaufstieg von 1,5% hat (entspricht zwei Stufen); dieser Anspruch gilt bis zur Gehaltsstufe 53 und damit in den unteren zwei Dritteln des individuellen Lohnbestandteils. Bei den Lehrkräften fordert die Initiative, dass das Lohnmaximum innerhalb von 26 Jahren anerkannter Berufserfahrung erreicht wird. „Damit wird endlich eine Grundlage geschaffen, dass gute Arbeitsleistungen



ASSOCIATION OF THE EMPLOYERS
 ASSOCIATION OF THE EMPLOYERS



Seite 2

lohnmässig honoriert werden“, sagte Blaise Kropf von der Gewerkschaft VPOD. „Nur so ist sicherzustellen, dass die kantonalen Anstellungsbedingungen mit jenen der Konkurrenz mithalten können.“

Martin Gatti, Präsident von LEBE, machte an der Medienkonferenz auf die bildungspolitische Dimension der Lohninitiative aufmerksam. „Die Lehrerschaft des Kantons Bern ist der Qualität verpflichtet. Das pädagogische Engagement ist gross und den wachsenden Führungsaufgaben stellen wir uns. Das grobe Missverhältnis zwischen dem täglichen Aufwand in der Schule und dem finanziellen Ertrag bringt aber genau diese Bildungsqualität in Gefahr.“

Die Personalverbände VPOD, BSPV und LEBE streben an, die Unterschriftensammlung noch vor den Sommerferien abzuschliessen. „Die Lohninitiative soll einen Paukenschlag in der personalpolitischen Debatte im Kanton Bern darstellen und die hohe Dringlichkeit von Korrekturmassnahmen unterstreichen“, sagte Blaise Kropf. Und Martin Gatti ergänzte: „Morgen Donnerstag werden unsere LEBE-Vertreterinnen und -Vertreter in hunderten von Schulhäusern in Aktion treten. In der 10-Uhr Pause werden sie die Umschläge mit den Initiativbogen öffnen und die Unterschriftensammlung geht los.“ Die Personalverbände können bei der Unterschriftensammlung auf die Unterstützung von Organisationen wie VSAO, SBK, KV, AvenirSocial, Angestellte Bern und Gewerkschaftsbund Kanton Bern zählen.

Bernischer Staatspersonalverband BSPV • Association du Personnel de l'État de Berne
Postgasse 60 Pf 533 3000 Bern 8 Tel 031 311 11 66 Fax 031 311 11 18 www.bspv.ch sekretariat@bspv.ch



Initiative „Faire Löhne für gute Arbeit“

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV und Präsident [angestellte bern](#)

Der Zentralvorstand des BSPV hat der Geschäftsleitung den Auftrag erteilt, im Jahr 2011 eine Aktion für die Verbesserung der Lohnsituation durchzuführen. In Absprache mit den anderen Sozialpartnerverbänden startet der BSPV eine Volksinitiative zur Anpassung des Personalgesetzes.

Im September 2004 beschloss der Grosse Rat gegen den heftigen Widerstand der Personalvertreterinnen ein neues Personalgesetz. Dieses brachte notwendige Anpassungen an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Gleichzeitig wurde aber der Erfahrungsaufstieg abgeschafft. Die Personalverbände ergriffen daraufhin das Referendum und scheiterten nur äusserst knapp.

Heute nach sechs Jahren zeigt sich deutlich, dass ein Lohnsystem, das sich nur nach den immer schlechten Finanzprognosen richtet und nicht nach den finanziellen Möglichkeiten und dem wirtschaftlichen Umfeld, scheitern muss. Durch den zeitweise nicht gewährten Teuerungsausgleich und ungenügende Beförderungen sparte der Kanton im Personalbereich in den letzten Jahren 3,6 Milliarden Franken ein. Die Sanierung der Kantonsfinanzen erfolge somit fast ausschliesslich auf dem Buckel des Personals. Wir haben diese Sanierungen mitgetragen. Sie sind im Personalbereich aber entschieden zu weit gegangen.

Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf mittlerweile auch erkannt und Massnahmen angekündigt. Da guter Wille alleine nicht reicht, legen wir unseren Mitgliedern eine Volksinitiative für faire Löhne vor.

Der maximale Lohnanstieg des Kantonspersonals beträgt 60 Prozent des Grundgehalts. Das ist verglichen mit der Privatwirtschaft eine bescheidene Perspektive für eine 45jährige Arbeitszeit. Sie ist aber angemessen, wenn wenigstens eine realistische Aussicht besteht, das Endziel oder den Maximallohn zu erreichen. Wir fordern nun mit unserer Initiative, dass mindestens zwei Drittel dieses Anstiegs verbindlich sind. Und das nur bei genügenden Leistungen. Unser Begehren erfüllt somit die Anforderungen eines Leistungslohnsystems und ist finanzierbar.

Die seinerzeitigen Argumente der Ratsmehrheit zur Abstimmung vom 28. November 2004 erwiesen sich als komplette Illusion und als zum Teil bewusste Irreführung der Bevölkerung. Die folgenden abgegebenen Versprechungen konnten nie eingehalten werden:

- Ziel der Vorlage ist die Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs und damit eine Chancengleichheit für alle Kantonsangestellten auf eine Leistungshonorierung.
- Die Aufhebung des Erfahrungsaufstiegs hat nichts mit Geringschätzung des Personals zu tun.
- Wenn nur 1 Prozent Lohnsummenwachstum zur Verfügung steht, bleibt heute die Leistung gänzlich unberücksichtigt. Das führt bei Leistungsträgern und Kader zu Enttäuschungen.
- Nur wer eine gute Leistung erbringt, erhält mehr Lohn.
- Es stört, wenn die überdurchschnittliche Leistung eines Mitarbeiters nicht honoriert werden kann.
- Der Kanton braucht auch in Lohnfragen Flexibilität für das gesamte Personal.
- Mit dem Leistungssystem wird ja die Erfahrung mitberücksichtigt: Denn mit der Erfahrung steigt auch die Leistung. Die Erfahrung ist also in der Leistung enthalten.





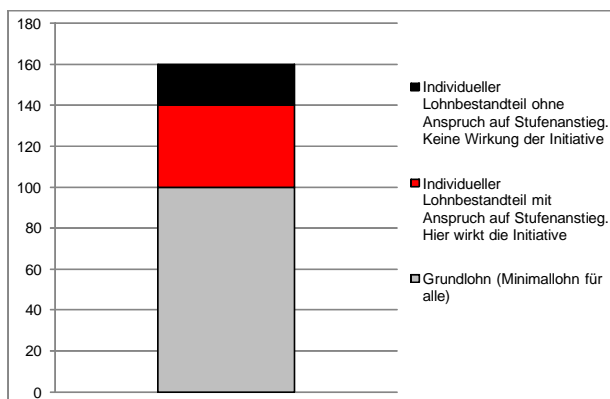
vpod bern
 Monbijoustrasse 61
 3007 Bern
 Fon 031 371 67 45
 Fax 031 372 42 37
 blaise.kropf@vpodbern.ch

Zuverlässigkeit ist mehr wert: Lohninitiative lanciert

Blaise Kropf, Gewerkschaftssekretär VPOD, Grossrat, Mitglied Finanzkommission

Heute lanciert der *vpod* gemeinsam mit dem BSPV und LEBE die Initiative für faire Löhne. Die Lohninitiative fordert, dass das kantonale Lohnsystem gemäss der ursprünglichen Konzeption umgesetzt wird und bei guten Arbeitsleistungen ein jährlicher Gehaltsstufenaufstieg gewährleistet ist. Ziel der Personalverbände ist es, die Unterschriftensammlung noch vor den Sommerferien abzuschliessen.

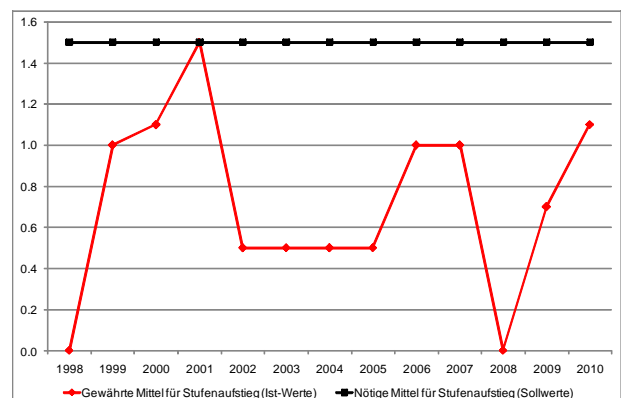
Die Lohninitiative fordert, dass das Kantonspersonal unter Voraussetzung guter Arbeitsleistungen Anspruch auf einen jährlichen Gehaltsstufenaufstieg von 1,5% hat; dies entspricht zwei Stufen. Dieser Anspruch gilt bis zur Gehaltsstufe 53 und damit in den



unteren zwei Dritteln des individuellen Lohnbestandteils (rot eingefärbter Bereich auf der Abbildung). Bei den Lehrkräften fordert die Initiative, dass das Lohnmaximum innerhalb von 26 Jahren anerkannter Berufserfahrung erreicht wird. Damit wird endlich eine Gesetzesgrundlage geschaffen, damit gute Arbeitsleistungen lohnmassig honoriert werden; nur so kann sichergestellt werden, dass die kantonalen Anstellungsbedingungen mit jenen der Konkurrenz

Schritt halten können.

Um das Lohnsystem des Kantons Bern korrekt umzusetzen, braucht es gemäss Angaben des Regierungsrates jährlich mind. 1,5% für den individuellen Gehaltsstufenaufstieg. Bei vielen Arbeitgebern (z.B. Bund) werden beim Lohnabschluss die hierfür erforderlichen Mittel gar nicht ausgewiesen, da sie über Fluktuations- und Rotationsgewinne finanziert werden können. Trotzdem: In den 13 Jahren seit der Einführung des kantonalen Lohnsystems standen die erforderlichen 1,5% im Kanton Bern – mit einer Ausnahme – nie zur Verfügung. Stattdessen gab es zweimal überhaupt nichts (0%) und viermal standen bloss 0,5% zur Verfügung.



Zusammenfassend: Das in der Lohninitiative vorgeschlagene Lohnsystem basiert auf den bewährten Komponenten Leistung, Erfahrung und Teuerungsausgleich. Die Umsetzung des Leistungslohns ist mit

der Initiative unverändert möglich. Geändert wird einzig die Gewichtung der Berufserfahrung. Die Lohninitiative passt damit bestens in die gegenwärtige personalpolitische Debatte: Der Regierungsrat weist seit längerer Zeit eindringlich auf die bedrohliche Konkurrenzsituation im Personalbereich hin; der Grosse Rat hat mit der Unterstützung der Motion Burkhalter/Bernasconi/Kropf in der Novembersession 2010 aufgezeigt, dass er sich der angespannten personalpolitischen Situation bewusst ist. Und für die Lehrkräfte hat der Grosse Rat in der Märzsession 2011 ein Postulat überwiesen, welches eine Anpassung des Gehaltsaufstiegs fordert. Mit unserer Initiative wollen wir diese Diskussionen unterstützen und sicherstellen, dass es rasch zu den nötigen Korrekturen kommt.

Die Personalverbände VPOD, BSPV und LEBE streben an, die Unterschriftensammlung für die Lohninitiative noch vor den Sommerferien abzuschliessen. Die Initiative soll einen Paukenschlag in der personalpolitischen Debatte im Kanton Bern darstellen und die hohe Dringlichkeit von Korrekturmassnahmen unterstreichen. Die Personalverbände können bei der Unterschriftensammlung auf die Unterstützung von weiteren Organisationen wie VSAO, SBK, KV, AvenirSocial, Angestellte Bern und Gewerkschaftsbund Kanton Bern zählen.

Bern, 27. April 2011

LEHRERINNEN UND LEHRER BERN
ENSEIGNANTES ET ENSEIGNANTS BERNE



Sperrfrist: Mittwoch 27. April 2011, 10 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Initiative „Faire Löhne für gute Arbeit“

Martin Gatti, Präsident von Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE)

„Es ist offenbar schon ein Problem“, hat der Fraktionspräsident der SVP am 8. Dezember des letzten Jahres im Regionaljournal gesagt. Damit hat der Grossrat die Lohnsituation der Lehrpersonen im Kanton Bern gemeint.

Die eindrückliche Kundgebung von Lehrerinnen und Lehrer Bern vom letzten November hat es klar gezeigt. Wenn ein Drittel der bernischen Lehrpersonen auf den Rathausplatz strömt, dann heisst das: die Situation ist ernst.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, ich freue mich, dass LEBE, zusammen mit den Partnerverbänden vpod und BSPV hier und heute die Initiative „Faire Löhne für gute Arbeit“ lanciert. Wir gehen den Lohn-Missstand gemeinsam an. Als Angestellte des „service public“ im Kanton Bern sitzen wir im gleichen Boot.

Morgen werden unsere LEBE-Vertreterinnen und Vertreter in hunderten von Schulhäusern in Aktion treten. In der 10 Uhr-Pause werden sie die Umschläge mit den Initiativbogen öffnen und die Unterschriftensammlung geht los.

Die bernische Lehrerschaft ist der Qualität verpflichtet. Das pädagogische Engagement ist gross und den wachsenden Führungsaufgaben stellen wir uns. Das grobe Missverhältnis zwischen dem täglichen Aufwand in der Schule und dem finanziellen Ertrag bringt genau diese Bildungsqualität in Gefahr. Der zunehmende Lehrermangel ist ein deutliches Zeichen für das bestehende Ungleichgewicht.

Im Bildungswesen brauchen wir Nachwuchs, der auch in anderen Berufszweigen karrierefähig ist. Deshalb müssen die Löhne konkurrenzfähig und deren Entwicklung verlässlich und absehbar sein.

Seit 2005 ist das nicht mehr so. Damals wurde der Anspruch auf den jährlichen Erfahrungsaufstieg aus dem Lehreranstellungs-Gesetz gekippt. Seither ist die Lohnentwicklung zum finanzpolitischen Spielball geworden und bewegt sich in der Grössenordnung von Brosamen. Unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen können unter den jetzt geltenden Bestimmungen das definierte Lohnmaximum gar nie erreichen.

Genau das wollen und müssen wir mit unserer Initiative korrigieren.

Lehrpersonen müssen

1. wiederum Anspruch auf einen jährlichen Erfahrungsaufstieg haben und
2. das maximale Gehalt nach 26 Jahren anerkannter Erfahrung im Beruf erreichen.

Wir verlangen Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen im Bildungswesen. Eine davon ist die verlässliche Lohnentwicklung für Schulleitungen und Lehrpersonen. Wir geben uns nicht mehr zufrieden mit Anpassungen, die lediglich in Aussicht gestellt werden. Für die bernische Lehrerschaft zählen nur noch die echten, die tatsächlich beschlossenen und spürbaren Verbesserungen.

Die Initiative „Faire Löhne für gute Arbeit“ ist also ein konsequenter nächster Schritt im Kampf von Lehrerinnen und Lehrer Bern. Im Kampf um den Fortbestand unseres guten Bildungswesens.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Berichterstattung.